

Bericht über Schwerpunkte der Verbandsarbeit

Professor Dr. rer. pol. Franz-Josef Wodopia, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands Steinkohle e. V. (GVSt), Herne

Ich freue mich sehr, dass ich Ihnen heute wieder die Verbandsarbeit der letzten Jahre näher bringen darf und ich beginne mit dem Bericht zur wirtschaftlichen Lage.

Arbeitnehmervertreter wie Arbeitgebervertreter haben das Bedürfnis, mit vernünftigen Zahlen zu arbeiten. Als Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband – wir sind ja beides – ist es eine wichtige Aufgabe von uns, die wirtschaftliche Lage zu beobachten, sie zu analysieren und auch zu beurteilen. Die Datenquellen, auf die wir uns beziehen, stammen von unseren Dachverbänden ebenso wie von Forschungsinstituten.

Wenn wir uns das letzte Herbstgutachten einmal etwas genauer anschauen, dann müssen wir leider feststellen, dass dort die Gefahr einer Rezession nicht mehr ausgeschlossen wird. Die Frage ist nun aber, wie treffsicher sind solche Prognosen? Ich zeige Ihnen aus diesem Grund eine kritische Betrachtung des Handelsblatts, die zeigt, dass es doch recht deutliche Abweichungen gibt (Bild 1). Hier geht es fast um eine Verdoppelung der Schätzwerte. Es gibt also deutliche Abweichungen und deshalb muss man sich in der Tat fragen, wie zuverlässig solche Prognosen sind.

Jetzt hören wir aktuell vom Sachverständigenrat, dass für dieses Jahr dann doch mit 0,8 % Wachstum des Bruttoinlandsprodukts gerechnet wird, für das nächste Jahr ebenso. Mit anderen Worten: hoffentlich dann doch keine Rezession.

Aber – Herr Tönjes hat es angesprochen – es drohen Gefahren aus dem Euroraum und etwas völlig unkalkulierbares, aber sehr aktuelles, ist, dass wir nach dem relativ knappen Wahlergebnis in den Vereinigten Staaten von automatischen Steuererhöhungen und automatischen Ausgabenkürzungen ausgehen müssen, was man dort als „Fiscal Cliff“ bezeichnet. Man wird sehen, welche Auswirkungen das haben wird.

Man sollte aber festhalten, gerade auch wenn vielleicht eine Rezession in Sicht ist, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland und auch unsere Wettbewerbsfähigkeit sehr gut sind. Es ist vielleicht zehn Jahre her, da titelte der Economist von dem kranken Mann in Europa und meinte uns damit. In der Zwischenzeit ist viel geschehen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft erstellt immer wieder einen globalen Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und insbesondere von Ländern. Und im Länderranking haben wir uns im Zeitraum von 15 Jahren von Platz 14 auf Platz Nummer 5 verbessert. Ich denke, das ist eine ganz beachtliche Entwicklung.

Umgekehrt muss man sehen: Die Niederlande haben sich als Musterschüler Europas von Platz 2 auf Platz 7 verschlechtert. Dies zeigt, auch wenn wir sehr wettbewerbsfähig sind, wir dürfen nicht an den Dingen rütteln, die uns stark gemacht haben – auch wenn ich weiß, dass nicht jeder das Thema Agenda 2010 liebt. Die WAZ sprach bereits im Oktober vom Ende des deutschen Jobwunders. Das erscheint insofern verfrüht, als die Gründe, die das Jobwunder gewährleistet haben, inkraft sind und ich hatte eben schon die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass daran auch nicht gerüttelt wird.

Damit bin ich an der Schwelle zum Thema Sozialpolitik. Sie alle haben wahrgenommen, dass die Kassenlage der Sozialversicherungen gut ist. Mit anderen Worten: Begehrlichkeiten entstehen. Es ist noch keine Woche her, da haben Sie gesehen, es geht um die Frage Praxisgebühr abschaffen, Betreuungsgeld einführen und die CDU hätte gerne eine Zuschussrente. Das alles zusammen muss finanziert werden. Was herausgekommen ist, haben Sie mitbekommen. Das Entscheidende für uns ist aber, dass an der Absenkung des Beitragssatzes auf 18,9 % bei der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten wurde. Das bedeutet für die Arbeitgeber und für die Versicherten, also für die Beitragszahler, jährlich eine Entlastung von 6,3 Mrd. €. Der Bundesrat muss allerdings noch zustimmen.

Bei den gesetzlichen Krankenversicherungen ist die Situation ähnlich. Auch dort eine gute



Kassenlage, ein Überschuss im Gesundheitsfonds von 3,2 Mrd. € in diesem Jahr. Auch im nächsten Jahr können wir davon ausgehen, dass der Gesundheitsfonds vermutlich vollständig in der Lage sein wird, die erforderlichen Ausgaben der Krankenkassen zu decken, das heißt in der Regel wird es keine Zusatzbeiträge geben und für die Knappschaff bedeutet das mit Sicherheit, es wird keinen Zusatzbeitrag im nächsten Jahr geben.

Der Verband nimmt seine Aufgaben in einer Vielzahl von Verbänden und Gremien der Sozialversicherung wahr, die ich jetzt nicht alle aufzählen kann. Beispielsweise in der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemische Industrie. Dort ging es zum Beispiel um die Erarbeitung eines Gefahrtarifs für die Branche Bergbau, die dem Auslaufen des Steinkohlenbergbaus Rechnung zu tragen hatte. Das neue Regelwerk ist aus unserer Sicht ausgewogen und bringt eine tragbare Beitragsbelastung.

Zu unserem Tagesgeschäft, dem Tagesgeschäft der Mitarbeiter des Verbands – ich will Herrn Milles und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich nennen – gehört die Mitarbeit in den Gremien der Selbstverwaltung, aber auch die Unterstützung der Mandatsträger, der Arbeitgebervertreter in den Organen von KBS und BG RCI. Diese Gelegenheit hier möchte ich gerne nutzen, Ihnen allen Dank zu sagen für Ihre ehrenamtliche Tätigkeit bei den Sozialversicherungsträgern, für Ihr Engagement und vor allem für Ihre gute Zusammenarbeit. Ja, ohne Ihre Mitarbeit wäre manches nicht möglich. Wir freuen uns darauf, Sie weiter unterstützen zu dürfen.

Die Arbeit dieser Selbstverwaltungsorgane zu beschreiben, ist gelegentlich etwas trocken. Es wird da manchmal von Papierflut gesprochen, von komplizierten Regelwerken. Wir haben uns überlegt, wie man am besten verdeutlichen kann, wie die Arbeit dort wahrzunehmen ist. Als Beispiel haben wir uns die Mitarbeit in Aufsichtsgremien von GmbHs herausgegriffen, weil nämlich akut Kliniken als solche organisiert sind, das heißt die Mitarbeiter der Selbstverwaltung und auch des Verbands führen dort Aufsicht. Ich will Ihnen jetzt an einem Beispiel zeigen, dass Qualität und das Schreiben schwarzer Zahlen keineswegs Gegensätze sein müssen und auch nicht sind. Sie sehen hier im Bild 2, dass wir mit tatkräftiger Unterstützung von Herrn Duin und dem Land Nordrhein-Westfalen am 10. September ein Zentrum für neurorobotales Bewegungstraining eröffnen konnten. Es wird hier querschnittsgelähmten Patienten die Möglichkeit gegeben, wieder mehr Mobilität zu erlangen. Die medizinische Betreuung erfolgt im Universitätsklinikum Bergmannsheil in Bochum unter der Leitung von Professor Schildhauer.

Ein anderes Themengebiet, auf dem wir uns zu bewegen haben, ist die betriebliche Altersversorgung. Hier haben Sie vielleicht in der Presse gelesen, dass es eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Übertragung der Anhebung der Altersgrenzen in der gesetzlichen

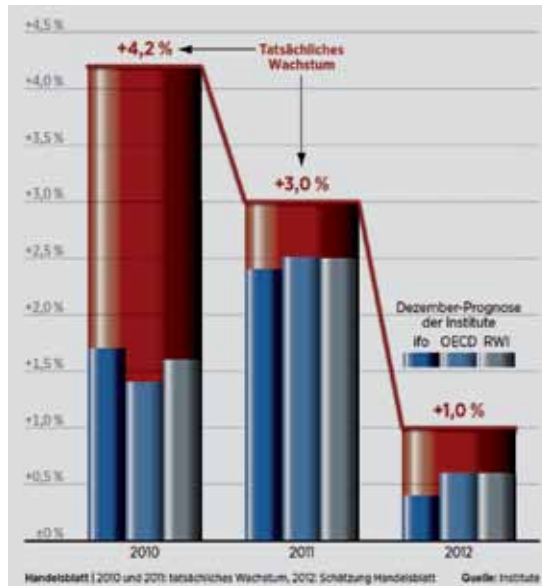


Bild 1. Wachstumsprognosen ausgewählter Institute zum Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum tatsächlichen Wachstum (Handelsblatt, 25.10.2012).

Rentenversicherung auf die betriebliche Altersversorgung gab. Nun, hier ist die Erklärung relativ einfach: Wir haben – wir heißt GVSt/ Bochumer Verband – bereits im Jahr 2009 das Regelwerk angepasst, sodass diese Entscheidung uns in keiner Weise berührt.

Ebenfalls ein Thema aus dem Bereich Sozialversicherung ist unsere Mitarbeit beim Pensionsversicherungsverein. Immer dann, wenn die wirtschaftliche Lage schwierig ist, kommt es zu Insolvenzen. Es kommt dann zu hohen Beiträgen und dann immer zu kritischen Fragen, warum der Beitragsatz denn so hoch sein müsse. Es kommen auch neue Ideen und in diesem Falle Ideen, Risiken auszugliedern, etwa durch Treuhandmodelle. Unsere Aufgabe ist es dann, darauf zu achten, dass solche Modelle nicht so ausgestaltet werden, dass sie zu unseren Lasten gehen und natürlich müssen sie auch sinnvoll und vertretbar sein.

Bild 2. Neurorobotales Bewegungstraining.



Damit komme ich zur Tarifpolitik. Erlauben Sie mir – auch wenn es uns nicht berührt – ein allgemeines Thema kurz anzusprechen, nämlich die Gefährdung der Tarifeinheit. Sie wissen aus den Medien, es kommen immer neue Sparten- gewerkschaften, die Egoisten stehen vor dem Gemeinwohl. Stellen Sie sich folgendes Szenario vor: Der Hauptstadtflughafen wird eröffnet. Ich weiß, das ist schwierig. Stellen Sie es sich also vor. Und es fliegt doch kein Flugzeug. Das könnte daran liegen – die Wahrscheinlichkeit ist hoch – dass sich eine neu gegründete Gewerkschaft, nämlich die Betriebsfeuerwehrgewerkschaft, zu Wort meldet und dann eindrucksvoll ihren Einstand feiert. Frau Merkel hat uns auf dem letzten Arbeitgebtag zugesichert, dass sie in Gespräche eintreten wird und wir hoffen, dass alle diese Gespräche dann auch annehmen werden.

Für uns ist das kein Thema. Für uns ist Solidarität das, was wir praktizieren. Diese Solidarität hat möglich gemacht, was Herr Tönjes eben bereits besprochen hat, nämlich den Tarifvertrag zur

sozialverträglichen Gestaltung des personellen Anpassungsprozesses. Wir haben als Verband den rechtlichen Rahmen dazu gegeben und insofern einen kleinen Beitrag mit geleistet.

Neben der Tarifarbeit für den deutschen Steinkohlenbergbau unterstützen wir außerdem die Töchter des Unternehmens in der Tarifarbeit. Hier sind wir nicht Tarifpartei, sondern wir beraten. Und wir freuen uns, dass wir im Bereich der Sozialpolitik auch über das Jahr 2018 hinaus diese Dienstleistung erbringen können.

Nun zum Thema Energie und Kohlepolitik. Was die Kohlepolitik angeht, ist nicht viel zu berichten und Herr Tönjes hat es auch schon mit etwas anderen Worten gesagt: Wir können froh sein, denn meist waren es Hiobsbotschaften. Also stellen wir einfach nur fest, wie sich die Zahlen entwickelt haben (Bild 3). Die öffentlichen Hilfen haben sich seit dem Jahr 2000 halbiert, und die Absatzhilfen gehen bis 2018 dann sogar ganz zurück. Sie sehen hier auch, dass wir immer wieder unter den Planansätzen lagen. Das ist auf die so genannte erlösabhängige Kürzung zurückzuführen. Wichtig ist in dem Zusammenhang nur, dass diese Kürzung von den Erlösen und damit auch von der Förderung abhängt und es natürlich keinen Automatismus des Rückgangs gibt, sondern wenn die Förderung zurückgeht, gehen auch die Erlöse zurück. Das sollte man im Blick behalten.

Herr Tönjes hat auch bereits über die Entwicklung in den einzelnen Revieren gesprochen. Ich will nur darauf hinweisen, dass in dem ausliegenden Jahresbericht des Verbands ein Gastbeitrag von Herrn Breinig enthalten ist, dem Regionalbeauftragten der RAG an der Saar, der sich mit der Situation dort befasst.

Herr Tönjes hat auch bereits gesagt, wie es weitergeht, und ich drücke das nun in Zahlen aus (Bild 4). Sie sehen zunächst einmal für die aktuelle Situation, dass wir mittlerweile weniger als ein Viertel zum Steinkohlenaufkommen in Deutschland beitragen. Das war 1995 noch genau andersherum gewesen. Die Situation hat sich komplett gedreht und bis zum Jahr 2018 werden wir dann vollständig nicht mehr mit heimischer, sondern mit importierter Kohle versorgt. Das drückt sich dann in der Primärenergiebilanz so aus, dass die Steinkohle insgesamt noch Energieträger Nr. 3 ist und 13 % zum Aufkommen beisteuert. Von uns kommen aber eben nur noch 3 %.

An dieser Stelle ein kurzer Hinweis zu denen, die diese Daten bereitstellen: Das ist die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen. Wir sind Gründungsmitglied und arbeiten seit vielen Jahren dort zusammen. Ohne diese Arbeitsgemeinschaft gäbe es zum Beispiel nicht die Daten, die wir für den Monitoringprozess für die Energiewende brauchen. Wir haben unser erlaubt, eine Broschüre auszulegen. Wenn Sie diese zur Hand nehmen, werden Sie zum Beispiel lernen, wie man eine Kilowattstunde Endenergie durch eine andere Kilowattstunde Endenergie ersetzt und trotzdem Primärenergie sparen kann. Das ist kein Rechenkunststückchen, sondern es ist sogar

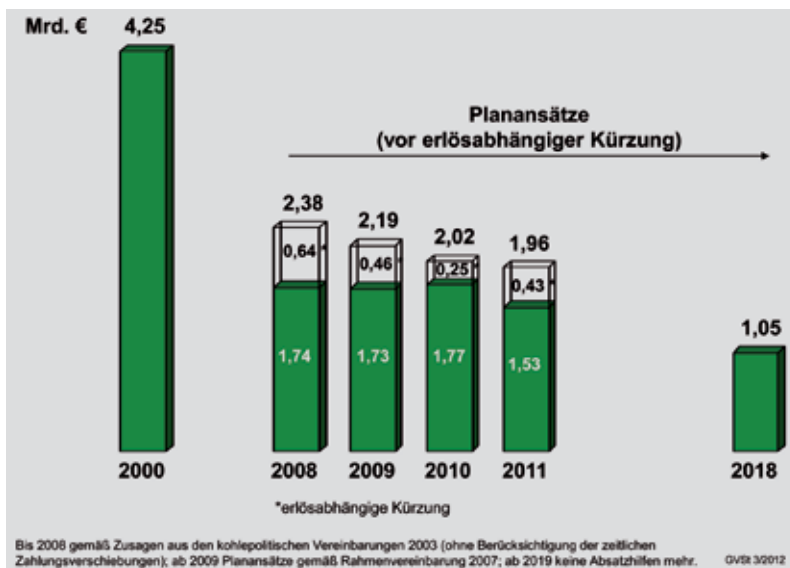
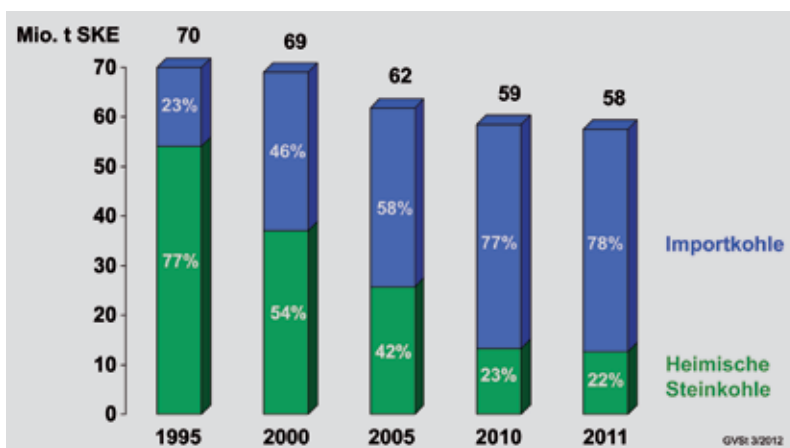


Bild 3. Öffentliche Hilfen für den deutschen Steinkohlenbergbau (Absatz- und Stilllegungshilfen): Auslauf der Produktion bis 2018.

Bild 4. Deutscher Steinkohlenmarkt: Verbrauch heimischer und importierter Steinkohle.



sehr wichtig, da der Kernenergieausstieg gemäß statistischer Konventionen zu einer Einsparung an Primärenergie zwischen 3 und 7 % führen wird – je nachdem, welchen Energieträger Sie wählen. Nehmen Sie 100 % erneuerbare Energieträger, dann haben Sie die 7 %, weil man da nämlich mit einem Wirkungsgrad von 100 % zu rechnen hat. Also sicherlich interessant, einmal da hineinzuschauen.

Zurück zum Primärenergieverbrauch. 80 % sind fossil, die erneuerbaren Energien haben kräftig aufgeholt. Sie haben die Kernenergie bereits überflügelt. Wenn wir einen Blick auf den Endenergieverbrauch werfen, sehen wir, dass die Erneuerbaren in einer ähnlichen Größenordnung liegen. Aber allzu oft wird übersehen, dass wir über die Dinge reden, die zwar mit sehr hohen Zahlen zu tun, aber nicht unbedingt die energiewirtschaftliche Bedeutung haben. Die Biomasse hat in unserem Land bereits eine große energiewirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Wir reden vor allem über Fotovoltaik und Wind – das zeigt Bild 5 – weil es eine Diskrepanz zwischen Stromerzeugung und Kapazität gibt. Sie sehen, 11 % an der Erzeugung stehen 32 % an der Kapazität gegenüber, also ein Faktor 3. Bei den konventionellen Energieträgern ist es genau andersherum. Und im Übrigen sehen Sie auch, dass es bei der Biomasse schon ungefähr ausgeglichen ist, weil es hier grundlastfähige Anteile gibt.

In der Zukunft wird es so sein, dass wir aufgrund der geringen Verfügbarkeit erneuerbarer Energieträger, mit Ausnahme der Biomasse, mehr Flexibilität brauchen. Wir werden auch mehr Energiespeicher brauchen. Herr Tönjes hat bereits unseren potenziellen Beitrag erwähnt. Aber es werden auch Flexibilitätsoptionen sein. Auf der Angebotsseite flexiblere Kraftwerke, auf der Nachfrageseite stellen Sie sich vor, einen privaten Haushalt mit einer flexiblen Verbrauchssteuerung und mit Fotovoltaik, die zu einer Eigenversorgung dieses Haushalts führt. Sie werden sagen: Zukunftsmusik. Nein! Man schreibt bereits jetzt eine schwarze Null, wenn man konventionelle Batterien und Wärmepumpen kombiniert. Gemäß einem Gutachten, auf das ich später noch zu sprechen komme, geht man davon aus, dass im Jahr 2017 das Ganze schon wirtschaftlich wird. Was ist daran so interessant? Nun, die Fotovoltaik wäre nicht mehr systembelastend. Sie würde keinerlei Speichernotwendigkeit mehr erfordern und auch die Finanzierung wäre eine völlig andere. Eine marktkonforme Finanzierung wäre so möglich. Unser Beitrag zur Pumpspeicherung ist vor allem deshalb wichtig, weil es eben andere Energieträger gibt, hier namentlich die Windenergie, die dies erforderlich macht, denn sie braucht Energiespeicher.

Zunächst aber zur europäischen Situation. Wir haben unsere Nachbarn nicht unbedingt damit erfreut, dass wir sie in unsere Entscheidungen nicht einbezogen haben. Wir haben auch nicht ihre Interessen respektiert, und wir haben ins-

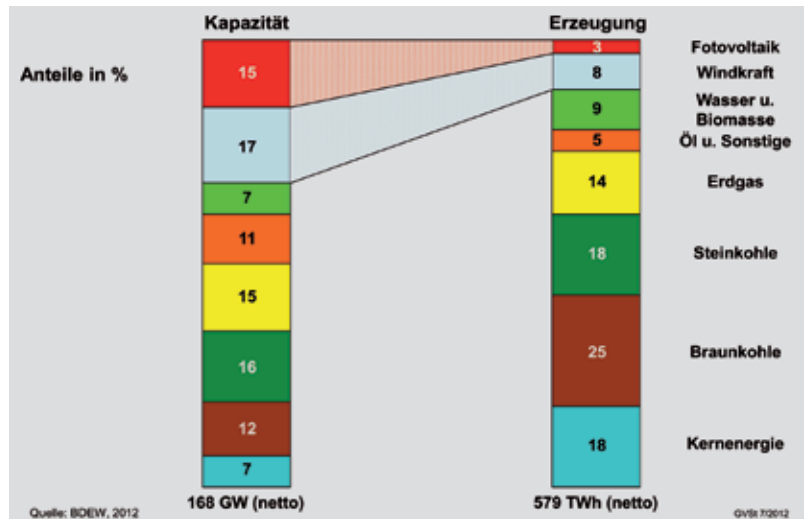


Bild 5. Kraftwerkskapazitäten und Stromerzeugung in Deutschland 2011.

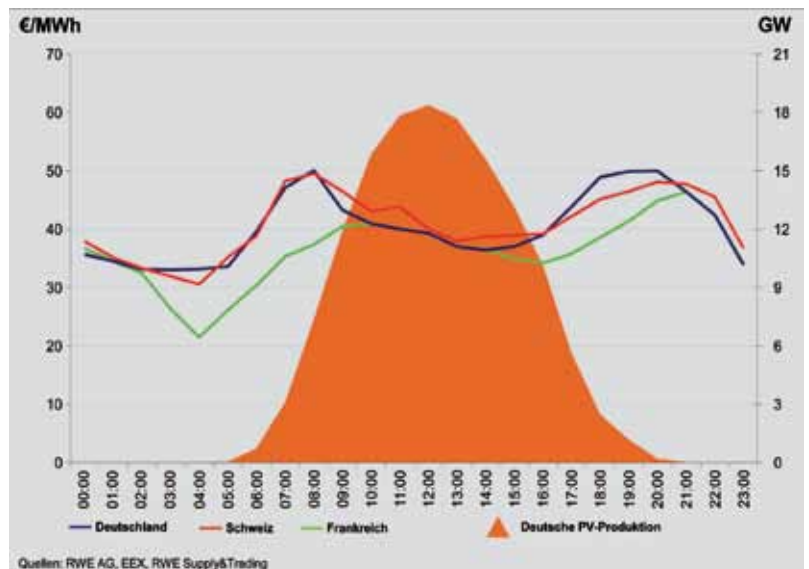
besondere auch nicht daran gedacht, dass der erneuerbare Strom durch ihre Netze fließt. Mittlerweile geht ein Drittel unseres erneuerbaren Stroms in die ausländischen Netze. Mit anderen Worten, wir haben das Netzausbauproblem zum Teil schlicht und einfach outgesourct.

Herr Oettinger hat sich schon des Öfteren zu Wort gemeldet. Man liest jetzt von einer Mitteilung der Kommission zu diesem Thema. Wir haben sie in der Straßenbahn gefunden und haben allerdings nicht den Eindruck, dass hier drastische Veränderungen an dieser Stelle zu erwarten sind.

Ich will Ihnen dann ganz kurz zeigen, dass auch die europäischen Energieanbieter mit uns ein kleines Problem bekommen haben (Bild 6).

Denn Sie sehen ja, nach der Liberalisierung sind insbesondere die Preiskurven für Deutschland und die Schweiz sehr miteinander vergleichbar, und das heißt, nachdem die Mittagsspitze weg

Bild 6. Preise für Stundenkontrakte an europäischen Strombörsen und deutsche Fotovoltaik-Stromproduktion; 8. Mai 2012.



war und die Strompreise generell gesunken sind, sind sie das auch für unsere europäischen Nachbarn. Für diejenigen, die Pumpspeicherkapazität anbieten, ist das sicherlich keine gute Nachricht. Für die Stromverbraucher in Europa sehr wohl, weil wir nämlich durch unser Subventionssystem die durchschnittlichen Börsenpreise in Europa abgesenkt haben. Diejenigen, die argumentieren, dass ja die Industrie hierdurch einen Vorteil hätte, übersehen, dass dies ein europäischer Preis ist, das heißt diese Entwicklung ist wettbewerbsneutral.

Wir haben als Verband eine Vielzahl von Verordnungsentwürfen und anderen Dingen mehr zu bewerten, zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI). Darauf will ich aus Zeitgründen gar nicht eingehen, sondern nur unser wichtigstes Thema ansprechen, nämlich, dass wir über den BDI der Bundesregierung gerne eine Projektsteuerung zur Energiewende zur Verfügung stellen möchten.

Wir sind damit schon sehr weit. Das Indikatoren-system basiert unter anderem – wie schon gesagt – auf Arbeiten, die wir zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen vorbereitet haben. Vorgestellt wurden unsere ersten Ergebnisse am 8. November im Rahmen eines Energiewendekongresses. Sie sehen in dem Bild 7 den so genannten Energiewendenavigator, genauer gesagt nur eine sehr grobe Übersicht. Wir haben die drei Ziele des energiepolitischen Dreiecks – Klima- und Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit – ergänzt um Akzeptanz und Innovation. Sie sehen auf diesem Übersichtsbild, dass die Informationen sehr gemischt sind. Wir haben auf der einen Seite ganz oben – grüne Ampel – einen guten Ausbau der Erneuerbaren.

Wir haben noch eine gute Versorgungssicherheit. Das „Noch“ würden wir unterstreichen. Bei der Wirtschaftlichkeit haben wir eine rote Ampel, weil wir jetzt schon im globalen Vergleich an dieser Stelle ganz und gar nicht gut aufgestellt sind. Bei der Akzeptanz und Innovation gäbe es sicherlich noch eine ausbaufähige Entwicklung.

Nur exemplarisch jetzt ein Detailbild für Sie zum Thema Akzeptanz (Bild 8): Sie sehen ganz oben zunächst einmal – vielleicht gar nicht so verwunderlich –, dass die meisten Bürger im Land der Meinung sind, dass die Energiewende von zentraler Bedeutung sei. Das sind 86 % und nur 2 % glauben das nicht. Also die Bedeutung wird anerkannt. Sie sehen dann bei den nächsten Fragen, dass auch ein Verständnis der Ziele vorhanden ist; dass auch eine Unterstützung der Energiewende durchaus von einer Mehrheit so gesehen wird. Wenn wir dann aber etwas weiter nach unten gehen, kommen wir auch zu kritischen Punkten, nämlich zu der Frage, ob man eine Stromleitung im eigenen Vorgarten in Kauf nehmen würde und da überrascht Sie nicht, dass jeder Zweite zwar dafür ist, aber jeder Zweite auch dagegen. Also, insofern schon eine kompliziertere Lage. Nur ein Viertel wäre dann noch bereit, die Strompreiserhöhungen in Kauf zu nehmen, in der Größenordnung, wie wir sie von Boston Consulting prognostiziert bekommen haben, nämlich ungefähr 20 bis 30 %.

Das Fazit unseres Energiewendekongresses war: Abrupte Änderungen kann und wird es nicht geben. Das ist unmöglich. Kurzfristig brauchen wir eine bessere Planbarkeit. Hierzu werde ich nicht viel sagen, weil ich davon ausgehe, dass Herr Duin über die Gespräche zwischen der

Bild 7. Umsetzungsstand der Energiewende: Energiewende-Navigator 2012 des BDI.





Bild 8. Energiewende-Navigator 2012 des BDI: Detailergebnis zur Akzeptanz.

Bundesregierung und den Landesregierungen sprechen wird. Langfristig brauchen wir eine Weichenstellung in Richtung Marktwirtschaft.

Ein kleines Problem dabei ist, dass nach der Liberalisierung niemand so recht gesehen hat, dass wir zwar Preise für die Energie haben – wir haben einen so genannten Energy Only Market – aber nicht für die Leistung. Wenn ich jetzt mal zur STEAG blicke, dann erinnert man sich noch ganz gut daran, dass man vor der Liberalisierung hier durchaus einen Markt hatte, dass man seine Leistungen mit einem Preis versehen konnte. Jetzt gibt es nur noch einen für die Minutenreserve und das ist eindeutig zu wenig. An dieser Stelle sind Korrekturen erforderlich. Zum einen, damit man noch konventionelle Kraftwerke, die dringend gebraucht werden, an den Markt bekommt, zum anderen, weil die Erneuerbaren in der Zukunft mit den geringen variablen Kosten, die sie haben, bei einer börsenorientierten Preisbildung nie ihre Kapitalkosten verdienen können. Also ist ein Systemwechsel zwingend erforderlich. Erschreckend in diesem Zusammenhang ist, was wir jetzt in diesem nicht vorhandenen Papier aus der Straßenbahn von der Kommission gelesen haben. Dort mutmaßt man nämlich, dass die so genannten Kapazitätsmärkte einzig und allein dafür geeignet wären, den fossilen Energieträgern eine weitere Plattform zu bieten. Das ganze Thema wird dort eher ökologisch als ökonomisch betrachtet.

Wir kommen dann zu der Frage, ob die Energiewende auch wirklich zu tragen ist, ob die Lasten gerecht verteilt sind.

Zunächst einmal zur Last der Haushalte: Wenn man die Medien betrachtet, könnte man meinen, die Haushalte zahlen fast alles. Fakt ist, sie zahlen ein Drittel. Also werden die Unternehmen offensichtlich beteiligt sein. Aber vielleicht ist es immer noch zu wenig. Schauen wir es uns an (Bild 9): Da stellen wir zunächst einmal fest, dass die Hälfte der Unternehmen sehr wohl die Umlage entrichtet. Etwa 11 % der Unternehmen müssen sie nicht entrichten, weil sie eine Eigenerzeugung vornehmen, also gar nicht im Netz sind. Deshalb kann man das auch nicht als Kritikpunkt aufführen. Worum es geht, ist der restliche Teil, wo in unterschiedlichen Abstufungen Entlastungen von einer Belastung vorgenommen werden.

Nun machen wir ein Gedankenspiel und fragen uns einfach: Was wäre, wenn die Wirtschaft nicht entlastet würde? Dann wäre die Umlage 1 Ct/kWh niedriger. Sicherlich ist das viel, aber der Rest von 4,23 Ct/kWh ist auch nicht wenig. Also die Zahl, die da übrig bleibt, ist und bleibt hoch und man kann es nicht allein auf die Entlastung der Industrie zurückführen.

Die Bundesregierung selbst hinterfragt diese nun, und sie selbst hat sie aber erweitert. Man könnte ja zum Beispiel – es ist alles öffentlich, man kann das nachprüfen – fragen, wieso denn gerade die Bochum-Gelsenkirchener Straßen-

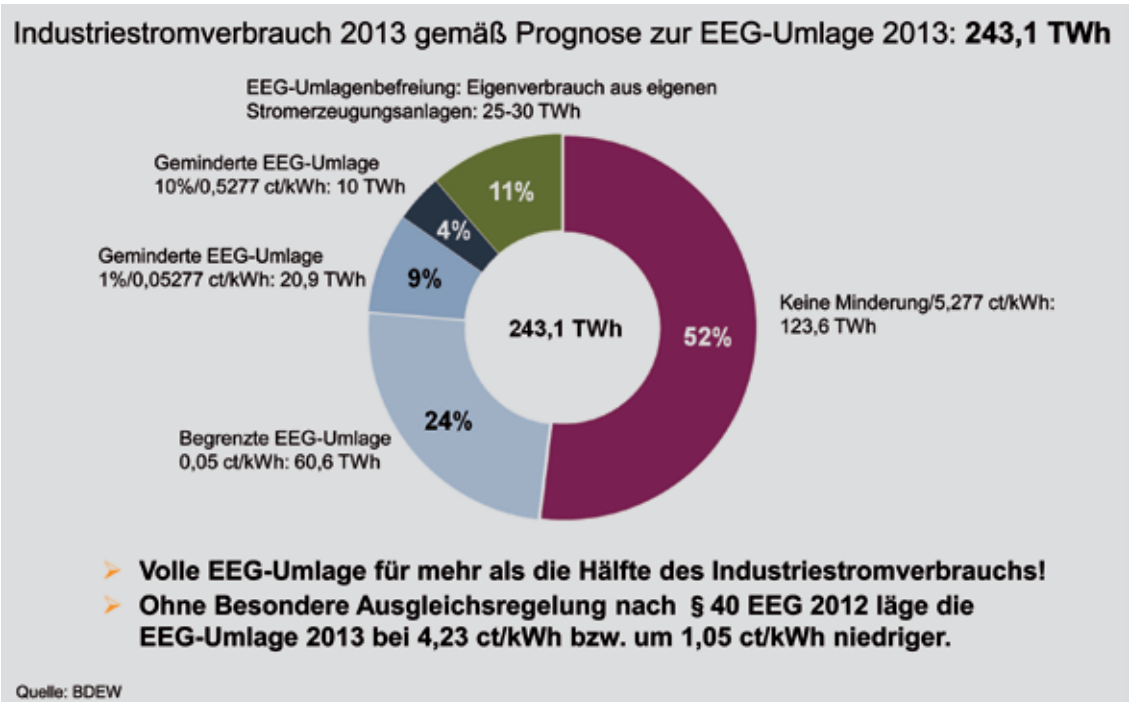


Bild 9. BDEW-Strompreisanalyse Oktober 2012: Entlastung der Industrie EEG 2013.

bahn im internationalen Wettbewerb steht und eine Strompreientlastung benötigt. Ich will diese Frage nicht beantworten. Klar ist, man kann darüber offensichtlich sprechen. Der BDI hat am 8. November angeboten, dass wir insbesondere auch bei der Identifikation von Trittbrettfahrern mithelfen wollen, weil in der Tat einige Unternehmen sehr kreativ in der Interpretation des Regelwerks gewesen sind.

Ich komme nun zu meinem letzten Teil der Ausführungen, nämlich zu den Entwicklungen am Weltmarkt für Steinkohle. Der Kraftwerkskohlenpreis ist unter Druck geraten, zum einen aufgrund der globalen Wirtschaftslage, aber auch aufgrund einer neuen, ich möchte fast sagen revolutionären Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Erinnern Sie sich zurück an den Steinkohlentag von 2009. Der Chefvolkswirt von BP, Herr Christoph Rühl, hat uns letztlich damals schon vorausgesagt, dass es einen Boom beim unkonventionellen Gas geben wird und dass dieses Gas zunächst Öl verdrängen wird, aber im Weiteren sogar Kohle in den Kraftwerken. Und genau dazu ist es gekommen. Durch diesen Verdrängungseffekt sind amerikanische Kohlenproduzenten bis nach Asien ausgewichen und haben Preisabschläge hingenommen.

Das billige Gas in den Vereinigten Staaten ist aber ein wichtiger Standortfaktor. Es gibt bereits erste Lockangebote an Unternehmen der deutschen Chemischen Industrie und man sollte das wirklich mit großer Sorge betrachten. Es gibt sogar Verwerfungen – das nur am Rande – in der Verpackungsindustrie, weil mit dem Methan auch Äthan mitgefördert wird, und dieses Äthan kann man dann zur Herstellung von Polyäthylen gut gebrauchen. Also, insofern gibt es dort Verwer-

fungen. Hierzulande gibt es eine Diskussion. Wir reden über „Fracking“. Wir reden also nur über einen ganz bestimmten Aspekt dieses Themas.

Zurück zum Weltmarkt für Kohle: Über die Ausweichreaktionen in den Vereinigten Staaten habe ich schon gesprochen. Es kam dann erschwerend hinzu, dass zusätzliche Kohlemengen aus Kolumbien kamen. Das führte dazu, dass einige andere Länder aus dem Markt teilweise herausgegangen sind: Australien, Indonesien, Russland kürzten ihre Förderung, sodass sich der Angebotsüberhang etwas abbaute und der Preis irgendwo bei 90 US\$/t stehen geblieben ist.

Die Frage ist nun, wie es weitergeht. Entwarnung wollen wir noch nicht geben. Man sieht auch, dass Eisenerz im letzten Monat bereits seinen Tiefstpunkt gefunden hat. Ob das aber wirklich das Minimum sein wird – wir wissen es nicht mit Sicherheit.

Was wir mit Sicherheit sagen können, ist, dass Kohle nicht die Energie Europas ist, aber sehr wohl die Energie der Länder, die sich noch stark entwickeln. Aus diesem Grund wurde die Kohle von der Internationalen Energieagentur (IEA) als „The Forgotten Fuel“ bezeichnet, weil kaum mehr einer mitbekommen hat, dass der Zuwachs der Weltenergieversorgung in den letzten zehn Jahren zur Hälfte allein durch Kohle gedeckt worden ist. Der ganze Rest kam durch die anderen Energieträger. Das hat zur Konsequenz, dass in diesen Ländern auch die Emissionen weiter ansteigen. Wir hier nehmen Reduktionsverpflichtungen ernst – auch in Europa nehmen wir sie ernst – aber entscheidend ist das Nettoergebnis und das lautet wie folgt: Die globalen CO₂-Emissionen sind trotz Kyoto-Abkommen seit dem Jahr 1990 nicht gesunken,

sondern um 45 % gestiegen. Das muss man im Kontrast zu unseren Bemühungen sehen.

Eine positive Nachricht ist aber nun, dass die Vereinigten Staaten eine Lösung gefunden haben. Ich habe sie schon genannt, nämlich mit dem unkonventionellen Gas durch „Hydraulic Fracturing“. Ich nehme den anderen Begriff mal lieber nicht. Es könnte durchaus sein, dass über LNG das Gas sogar zu uns käme. Das würde heißen: Entlastungen beim Gaspreis, aber Belastungen der Kohleverstromer. Nun, wir werden sehen, wie dynamisch sich dieser Markt entwickelt.

Zum Abschluss meines Berichts komme ich dann noch zum Koks-kohlenmarkt. Die Vertreter der Stahlindustrie wissen bestens, was hier geschehen ist. Wir haben eine Stahlflaute – anders kann man das nicht sagen. Die Koks-kohlenpreise haben sich binnen Jahresfrist auf knapp 150 US-\$/t halbiert. Das ist schon eine ganz dramatische Entwicklung.

Auf der anderen Seite, wenn man sich das Preisniveau ansieht – und man bei der Kraftwerks-kohle irgendwo bei 90 US-\$/t in den ARA-Häfen ausgekommen ist – erkennt man doch, die Marge ist offensichtlich noch ganz ordentlich. Deswegen müsste man davon ausgehen, wenn wir hier in Deutschland überhaupt einmal einen subventionsfreien Bergbau hätten, dass dann die Wahrscheinlichkeit hoch wäre, dass es eher in diesen Bereichen, in den hohen Margen der Fall wäre.

Zum Abschluss will ich denen, welche die Zeitschrift „Glückauf“ lesen, die jetzt „mining+geo“ heißt, sagen: Sie haben da einen Artikel gelesen, der nicht von uns gesponsert war, sondern von jemandem von Hochtief stammt. Der hat einen Aufsatz geschrieben „War die Aufgabe der Revisions-klausel ein Fehler?“. Wir haben darüber gestaunt, dass er einen Aufsatz geschrieben hat mit finanzwirtschaftlichem Instrumentarium. Er hat eine Optionsschein-Theorie bemüht und mit Hilfe von Absicherungsinstrumenten gearbeitet. Er kam zu dem interessanten Resultat, man müsse noch etwas warten, weil es noch keine Forwards gibt. Wenn es die dann gibt, müsse man prüfen, ob unser Preis unter dem Weltmarktpreis liege und wenn ja, müsse man sich die künftige Förderung über Forwards absichern.

Das klingt sehr interessant und wir hätten dann eine positive Re-

aloption, die man auch berechnen kann. Allein, Sie wissen, es ist rein hypothetisch. Nicht nur wegen unserer kohlepolitischen Beschlüsse, sondern es fehlt noch eine Kleinigkeit dazu, nämlich das subventionsfreie Kohlenbergwerk, das wir eben auch nicht haben. Deshalb bleibt nur eines: Wir müssen und wir wollen uns weiterhin in dem politisch beschlossenen Kontext bewegen und den Auslauf des subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus positiv weiter gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Berg- und Hüttenmännischer Verein 150 Jahre – Der BuH-Verein auf neuen Wegen Herausgeber: Altherrenverband des Berg- und Hüttenmännischen Vereins e.V.

Vereinschronik zum 150. Stiftungsfest des Berg- und Hüttenmännischen Vereins, einer fachbezogenen studentischen Verbindung. Die Gründung fand im Jahr 1861 in Berlin statt und war eng mit der Gründung der Königlich Preussischen Bergakademie zu Berlin 1860 verknüpft. In einer kurzen Rückbetrachtung wird die Entwicklung des BuH-Vereins in seinem gesellschaftlichen Rahmen behandelt. Hervorzuheben ist eine selbstkritische Auseinandersetzung des Vereins mit den politischen/wirtschaftlichen/gesellschaftlichen Verhältnissen auch bei der Gleichschaltung im Dritten Reich. Die Neugründung nach dem Krieg in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung mit den drei Standorten Aachen, Berlin und Clausthal und die Entstehung einer gemeinsamen Altherrenschaft werden ebenfalls beschrieben. Die Kurzfassung einer Doktorarbeit beschreibt unter der Überschrift „Fachbeamtentum und bürgerliche Gesellschaft: Der Berg- und Hüttenmännische Verein“ die Rolle, die seine Mitglieder insbesondere im Steinkohlenbergbau gespielt haben. Eine Außensicht der Vereinsgeschichte ist dabei wichtiges Anliegen. Unter dem Motto „Der BuH-Verein auf neuen Wegen“ wird die Entwicklung zu einem Akademischen Bund in den Fachbereichen Technik, Natur und Wirtschaft sowie die zunehmende Internationalisierung und die Spezialisierung in den verschiedenen Fachbereichen des Ingenieurwesens weltweit dargestellt. In ihm haben heute Studentinnen und Studenten einen Platz. Eine interessante Lektüre für alle, die einmal über alle Klischees hinweg einen Einblick in die grunddemokratischen Strukturen einer studentischen Verbindung im Wandel der Zeiten erhalten wollen.



**VEG Verlag GmbH, 2011, 200 Seiten, 16 cm x 24 cm,
Kunstledereinband mit Gold- und Silberprägung
Preis 49 €, ISBN 978-3-86797-117-1**